



Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

6. Sitzung (öffentlich)

8. Februar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitz: Ingrid Fitzek (GRÜNE)

Stenograf: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

hier: Brandschutz im Aachener Klinikum
auf Antrag der CDU-Fraktion

1

MDgt Dr. Kaiser (MWF) berichtet vor dem Ausschuß und beantwortet neben Ministerin für Wissenschaft und Forschung Anke Brunn Nachfragen der Abgeordneten.

**2 Den Hochschulstandort NRW für den Wettbewerb in Europa stärken:
Mehr Eigenverantwortung und weniger Staat an den nordrhein-westfälischen Hochschulen**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/573

- Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung

5

Der Ausschuß lehnt den Antrag in abschließender öffentlicher Sitzung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU ab.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/400

Vorlagen 12/276 und 12/282

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

- Einzelberatungen - gemäß Vereinbarung der Fraktionen

7

Zunächst trägt MDgt Dr. Fleischer (MWF) die Ergänzung zum Haushaltsplanentwurf, die zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht ausgegeben worden ist, vor, bevor der Ausschuß den Haushaltsplanentwurf berät.

Seite

**4 Situation der Juristischen Fakultät an der Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf**

- Bericht des Ministerium für Wissenschaft und Forschung über den
weiteren Stand der Entwicklung

10

Einen ausführlichen Bericht erstatt Ministerin Anke Brunn, dem sich eine ausführliche Diskussion anschließt. Ferner will sich der Ausschuß nach Vorliegen eines inhaltlichen Konzeptes für den Modellstudiengang erneut berichten lassen.

5 Verschiedenes

14

(Siehe Diskussionsprotokoll)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/400

Vorlagen 12/276 und 12/282

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

- Einzelberatungen - gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Auf Bitte der **Vorsitzenden Ingrid Fitzek** stellt **MDgt Dr. Fleischer (MWF)** die am Vortag vom Kabinett beschlossenen Änderungen des Haushaltsplanentwurfs 1996 vor; sie sind in der einen Tag nach der Sitzung des Ausschusses ausgegebenen Drucksache 12/690 - *Anlage 1 und 2* - zu entnehmen.

Manfred Kuhmichel (CDU) führt aus, gelegentlich höre man aus den Hochschulen, daß die vielgelobte Finanzautonomie in diesen Tagen mit Blick auf die allgemeinen Haushaltsengpässe eine Art Instrument sei, um Mittelkürzungen besonders gut durchzusetzen. In dem Zusammenhang werde oft auch die über 20prozentige Reduzierung der sogenannten Schöpfungsmittel genannt. Vor dem Hintergrund wolle er vom Ministerium erfahren, inwieweit dieses Vorgehen zur Finanzautonomie passe, die ja eigentlich zur Stärkung und zu mehr Freiheit der Hochschulen beitragen solle.

Bezugnehmend auf das Auslaufen des Hochschulsonderprogramms I merkt er an, daß dadurch Begleitmittel wegfielen und sich infolgedessen neue Studiengänge wie Wirtschaftsinformatik nur besonders schwer behaupten könnten. Unter diesem Gesichtspunkt hätte er gern gewußt, was mit 51 Stellen bei der Fernuniversität Hagen, bei denen die Übernahme als kritisch betrachtet werde, geschehen solle.

MDgt Dr. Fleischer (MWF) entgegnet, die vom Vorredner dargestellte 25prozentige Kürzung habe mit der Finanzautonomie nichts zu tun. Nachdem die Mitfinanzierung des Bundes für Hochschulsonderprogramm I ausgelaufen sei, habe das Land wegen der besonderen Bedeutung des Programms und den damit verbundenen 708 Stellen beschlossen, die Stellen und die Anmietungen weiterzufinanzieren. Bei der Überlegung, wie das geschehen könne, sei ein Kompromiß geschlossen worden: Ein Teil der Personalkosten werde aus den globalen Minderausgaben bestritten und ein weiterer Teil dadurch, daß die Ermächtigung der Hochschulen, freie Stellen zu nutzen, um 25 % reduziert worden sei. Bei der Wahl einer anderen Lösung hätten die Hochschulen das gleiche finanzielle Opfer an anderer Stelle erbringen müssen. Das Ministerium sei aber der Auffassung, daß der eingeschlagene Weg die Hochschulen am wenigsten treffe, weil die Beibehaltung der 708 Stellen, was dem Ministerium in

vielen Gesprächen so bestätigt worden sei, von weit größerer Bedeutung sei als die etwas eingeschränkte Ermächtigung der Inanspruchnahme freier Stellen.

StS Dr. Küchenhoff (MWF) ergänzt zum Stichwort Hagen, die Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen, habe in der Vergangenheit im Rahmen des Hochschulsonderprogramms I, aber außerhalb des üblichen Verfahrens, Mittel - es handele sich nicht um Stellen, sondern um Mittel - für fernstudiendidaktische Aufgaben erhalten. Damit seien 50 Personen eingestellt worden, gemäß des Hochschulsonderprogramms I aber nur 20. Mit den Hagenern sei die Absicherung dieser 20 Stellen vereinbart worden.

Dies könne nun auf die Weise geschehen, daß der Bund diese entweder aus seinem entsprechenden Programm weiterfinanziere oder daß Mittel über ein neues Hochschulsonderprogramm eingeworben werden könnten. Erst für den Fall, daß diese beiden Möglichkeiten scheiterten, wäre das Land bereit, für die 20 Stellen für die zweite Hälfte dieses Jahres - die erste Hälfte würde von der Fernuniversität übernommen - Mittel zur Verfügung zu stellen. Falls das Hochschulsonderprogramm I erhalten bleibe, werde das Ministerium über die zukünftige Fortführung dieser Stellen weiter nachdenken.

Auf die Frage von **Gudrun Reinhardt (CDU)**, ob im Haushalt auch Mittel für die von der Universität Siegen seit langem gewünschte Erweiterung der Bibliothek eingestellt worden seien, antwortet **MDgt Dr. Fleischer (MWF)**, die Notwendigkeit der Bibliothekserweiterung werde zwar nicht bestritten, doch habe man in diesem Haushalt aufgrund der finanziellen Lage die Priorität auf den zuvor notwendigen Erwerb der militärischen Liegenschaft gelegt.

Dietrich Kessel (SPD) verhehlt nicht seine andere Auffassung gegenüber den Vorstellungen des Staatssekretärs in Bezug auf die Modalitäten und den Umfang der Einbeziehung der Fernuniversität Hagen in ein hochschulfinanziertes Sonderprogramm des Landes. Er gehe davon aus, daß dieser Punkt noch verhandlungsfähig sei, und er werde seine Meinung zu dem Thema in den noch zu erwartenden Gesprächen mitteilen.

Die Frage von **Marie-Theres Ley (Köln) (CDU)**, ob die im Haushalt dargestellten Stellenabgänge bezüglich der nicht näher beschriebenen minderwertigen Tätigkeiten denn nun von den höherqualifizierten Zugängen durchgeführt werden müßten, verneint **MDgt Dr. Fleischer (MWF)**. Die Hochschulen hätten in den genannten Fällen zunächst bei den Zugängen Prioritätsentscheidungen treffen müssen. Die früher von Arbeitern durchgeführten Tätigkeiten wie beispielsweise im Reinigungsbereich und bei der Pflege der Außenanlagen seien oder würden zunehmend privatisiert. In dem Aufgabenbereich sei es im übrigen für die Hochschulen leichter, im Rahmen der Finanzautonomie zusätzliche Stellen im Angestellten- und Arbeiterbereich zu schaffen.

Rudolf Henke (CDU) möchte wissen, ob nach früheren Aussagen, nur unbesetzte Stellen zur Deckung des Stellenaufbaus an der Fachhochschule Gelsenkirchen heranzuziehen, nun die gegenteilige Auffassung der Zeitung "Campus" der Universität - Gesamthochschule - Essen zutreffe. - Diese Aussage der Zeitung "Campus" bezeichnet **MDgt Dr. Fleischer (MWF)** als unseriös, da bei den in Essen existierenden 109 C1-Stellen der Fluktuationsgrad höher liege als 3 %, aber nur 3 Stellen kw gestellt worden seien.

Vorsitzende Ingrid Fitzek bezieht sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls auf die kw-Stellung von 189 Stellen zugunsten des Aufbaus der Fachhochschule Gelsenkirchen. Sie gehe davon aus, daß in der Koalition noch einmal darüber geredet werde, wie die Frage der Personalausstattung der Fachhochschule Gelsenkirchen zu handhaben sei. Sie sei der Meinung, daß die Ausstattung der Fachhochschule Gelsenkirchen nicht zu Lasten der Universitäten gehen könne. Insoweit würde sie sich auch auf die Diskussion des Ausschusses in der letzten Legislaturperiode beziehen.

Zum zweiten sieht sie in der Frage, wie der Stellenbedarf der Fernuniversität Hagen bedient werden könne, wie Abgeordneter Kessel noch Spielräume bis zur endgültigen Beschlußfassung des Haushalts.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) hält zunächst fest, daß im Haushaltsplanentwurf für die Hochschulbibliotheken 2,8 Millionen DM weniger - und das im übrigen von Hochschule zu Hochschule recht unterschiedlich - als im Vorjahr voranschlagt worden seien. Vor dem Hintergrund, daß nach der Ergänzungsvorlage nun dieser Posten um 5,4 Millionen DM aufgestockt werde, sei sie interessiert zu erfahren, wie sich diese Summe auf die einzelnen Hochschulen verteilen.

LMR Mattonet (MWF) begründet die zunächst geplante Kürzung um 2,8 Millionen DM mit der Erweiterung der Finanzautonomie. Nunmehr sollten den Hochschulen alle Einnahmen direkt zufließen. Insofern seien die bisherigen Einnahmen von 2,8 Millionen DM für den Bibliotheksbereich auf Null gesetzt und bei den Ausgaben abgesetzt worden. Hinsichtlich der Verteilung der 5,4 Millionen DM seien die Parameter genommen worden, die im Erläuterungsband erwähnt und die zur Umverteilung der Mittel bei Titelgruppe 94 herangezogen worden seien. Die unterschiedlichen Prozentzahlen der Verteilung hingen damit zusammen, daß die Einnahmenanteile an den Ausgaben der Hochschulbibliotheken unterschiedlich seien.

Manfred Kuhmichel (CDU) begrüßt abschließend die Ankündigung der Vorsitzenden Ingrid Fitzek, daß die Koalition darüber nachdenken und möglicherweise auch entsprechend tätig werde, die Finanzierung der Fachhochschule Gelsenkirchen nicht zu Lasten der Universitäten vorzunehmen. Genau das sei auch die Zielprojektion der CDU-Fraktion.